

Hauptausschuss

Protokoll Nr. HA/02/2018

über die öffentliche und nicht öffentliche Sitzung
des Hauptausschusses am 19.03.2018,
Ahrensburg, Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samusch-Str. 9, R. 2/3

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 20:50 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Hinrich Schmick

Stadtverordnete

Herr Thomas Bellizzi

Frau Doris Brandt

Herr Jürgen Eckert

ab TOP 7

Herr Jörg Hansen

Herr Detlef Levenhagen

Herr Jochen Proske

Herr Christian Schubbert-von Hobe

Herr Roland Wilde

Sonstige, Gäste

Herr Peter Egan

Verwaltung

Herr Michael Sarach

Herr Thomas Reich

Herr Horst Kienel

Frau Meike Niemann

Herr Mathias Schuster

Frau Ines Wilke

Frau Jasna Makdissi

Frau Juliane Ahlers

Herr Jorrit Ramminger

Herr Simon Weßling

Frau Birgit Reuter

Personalrat; bis TOP 15

Personalrat; bis TOP 15

Gleichstellungsbeauftragte

bis TOP 15

Praktikant

Praktikant

Protokollführerin

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Bekanntgabe des in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses
4. Einwohnerfragestunde
5. Festsetzung der Tagesordnung
6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 01/2018 vom 19.02.2018
7. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 7.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - 7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 7.2.1. Zugelassene Wahlvorschläge zur Gemeindewahl in Ahrensburg am 06.05.2018
 - 7.2.2. Dienstantritt des Fachbereichsleiters I
 - 7.2.3. Abschluss einer Verwarentgeltvereinbarung
8. Vorbereitung der Stadtverordnetenversammlung am 26.03.2018
9. Aufbau von Büro-Mietcontainern zur Rathuserweiterung **2018/044**
10. Organisationsänderung der Verwaltung **2018/043**
11. Benennung einer/eines gemeinsamen Datenschutzbeauftragten
- Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages - **2018/042/1**
12. Nachbenennung von ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedern für den Gemeindewahlausschuss für die Kommunalwahl am 6. Mai 2018 **2018/045**
13. Einladung zu den Hansetagen in Viljandi 2018
- Förderung Mitreisende/r **2018/032**
14. Allgemeiner Verwaltungsbericht **2018/046**

15. Anfragen, Anregungen, Hinweise
- 15.1. Besetzung neuer Stellen
- 15.2. Kfz-, Fußgänger- und Radfahrverkehr am Rondeel
- 15.3. Erlass der Miete für den Historischen Arbeitskreis im Peter-Rantzau-Haus

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende des Hauptausschusses Herr Schmick begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Hauptausschusses stellt die Beschlussfähigkeit fest.

3. Bekanntgabe des in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses

In der Sitzung des Hauptausschusses am 19.02.2018 wurde folgender Beschluss in nicht öffentlicher Sitzung gefasst:

Der Hauptausschuss stimmt gemäß § 7 Abs. 8 der Hauptsatzung für die Stadt Ahrensburg dem Vorschlag des Bürgermeisters zu, Herrn Dr. Christoph Grützmacher als Fachbereichsleitung für den Bereich Personal, Finanzen und Organisation (FBL I) zum nächstmöglichen Zeitpunkt einzustellen.

4. Einwohnerfragestunde

Anfragen bzw. Anregungen von Einwohnerinnen und Einwohnern werden nicht gestellt.

5. Festsetzung der Tagesordnung

Bürgermeister Sarach beantragt die Ergänzung der Tagesordnung um den nicht öffentlichen TOP 16.1 „Bericht des Bürgermeisters – Ordnungswidrigkeitenverfahren“.

Der Hauptausschuss stimmt der Ergänzung der Tagesordnung um den nicht öffentlichen TOP 16.1 „Bericht des Bürgermeisters – Ordnungswidrigkeitenverfahren“ mit der erforderlichen Mehrheit zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Der Hauptausschuss stimmt mit oben genannter Änderung der mit Einladung vom 07.03.2018 versandten Tagesordnung einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 01/2018 vom 19.02.2018

Einwände gegen die Niederschrift bestehen nicht.

7. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

7.1. Berichte gem. § 45 c GO

– Siehe nicht öffentliche Anlage –

7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

7.2.1. Zugelassene Wahlvorschläge zur Gemeindewahl in Ahrensburg am 06.05.2018

Bürgermeister Sarach berichtet, dass gemäß § 25 Gemeinde- und Kreiswahlgesetz der Gemeindewahlausschuss einstimmig in seiner Sitzung am 16.03.2018 die Wahlvorschläge der Gemeindewahl am 06.05.2018 gemäß Wahlbekanntmachung für die Parteien CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Die Linke und WAB zugelassen hat. Frau Reuter nimmt zurzeit die Stellvertretung als Gemeindewahlleiterin im Rahmen der Kommunalwahl wahr.

7.2.2. Dienstantritt des Fachbereichsleiters I

Herr Dr. Grützmacher wird seinen Dienst als Fachbereichsleiter I bei der Stadt Ahrensburg am 01.06.2018 antreten.

7.2.3. Abschluss einer Verwarentgeltvereinbarung

Die Sparkasse Holstein beabsichtigt, zum 01.04.2018 eine Verwarentgeltvereinbarung mit der Stadt Ahrensburg abzuschließen. Für das Guthaben auf dem Bankkonto fallen ab diesem Zeitpunkt Negativzinsen in Höhe von 0,4 % p. a. an.

Hintergrund ist der von der Sparkasse Holstein selbst zu zahlende Negativzins in Höhe von 0,4 % an die Europäische Zentralbank (EZB), bei der die Sparkasse selbst das Geld „parkt“.

Derzeit befinden sich rd. 14,9 Mio. € auf dem Konto der Sparkasse Holstein. Bei einem Prozentsatz von 0,4 % würde das einen Jahreszins in Höhe von rd. 60.000 € bedeuten.

Der Lösungsvorschlag seitens der Sparkasse sieht einen Freibetrag für die Stadt Ahrensburg in Höhe von 5 Mio. € vor. Allerdings gilt der Betrag für die gesamte Stadt Ahrensburg, d. h. inklusive der Beteiligungen (badlantic, Stadtbetriebe Ahrensburg und Stadtwerke Ahrensburg).

Vorgesehen wurde in einem gemeinsamen Gespräch der Abschluss der Verwarentgeltvereinbarung ab dem 01.05.2018.

Es wird zurzeit u. a. geprüft, ob bereits andere Banken zwecks Abschlusses einer Verwarentgeltvereinbarung auf die Stadt Ahrensburg zugekommen sind, als auch deren Höhe der Freibeträge, deren Negativzinskonditionen und deren Einlagensicherung.

8. Vorbereitung der Stadtverordnetenversammlung am 26.03.2018

Bürgermeister Wilde erläutert die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am 26.03.2018.

9. Aufbau von Büro-Mietcontainern zur Rathausweiterung

Bürgermeister Sarach hält den Sachvortrag. Er erläutert den Vorschlag der Aufstellung und Anmietung einer Containeranlage mit 55 Büroarbeitsplätzen für Mitarbeiter der Rathausverwaltung, Mietbeginn November 2018 (siehe Vorlagen-Nr. 2018/044).

Die Leitung des Rechnungsprüfungsamtes Frau Niemann erläutert die als **Anlage** beigefügte Stellungnahme des Rechnungsprüfungsamtes. Aus Sicht des RPA ist die Beschlussvorlage insbesondere nicht entscheidungsreif, da

- keine Unabweisbarkeit gemäß § 95 d GO vorliegt.
- nicht nachweisbar ist, dass Container für 55 Büroarbeitsplätze unabdingbar aufgestellt werden müssen. Für die bereits zum 01.11.2018 bereitstehenden 55 Büroräume ist der Bedarf teilweise noch nicht vorhanden, sondern entsteht erst durch Neueinstellungen in den kommenden Jahren. Hier wäre zu prüfen, ob die Containeranlage zunächst kleiner ausgeführt und später erweitert werden könnte.
- In der Vorlage fehlen Festlegungen zur tatsächlich erforderlichen Qualität der Container (welche Qualitätsverbesserungen im Vergleich zu den derzeit angemieteten Containern ist erforderlich bzw. wünschenswert mit entsprechenden Kostengegenüberstellungen).
- Vergleich der Kosten bei einem Kauf oder Mietkauf der Container. Wie würden sich die Kosten in Abhängigkeit von unterschiedlichen Mietdauern verändern?
- Kann der Bedarf durch Anmietung von Büroräumen im Innenstadtdgebiet gedeckt werden?
- Da die Aufstellung der geplanten Containeranlage Flächen auf dem so genannten Rasenfeld des Stormarnplatzes belegt und sich zeitlich über die geplanten vier Jahre hinaus erstrecken kann, wird auch eine Beteiligung des Bau- und Planungsausschusses sowie des Umweltausschusses empfohlen.

Das Rechnungsprüfungsamt empfiehlt deshalb, die Beschlussfassung über die Anmietung der Containeranlage mit 55 Büroarbeitsplätzen zurückzustellen bis die genannten Wirtschaftlichkeitsvergleiche erarbeitet, ausgewertet und vorgelegt worden sind.

In der anschließenden Diskussion wird vom Hauptausschuss fraktionsübergreifend die Situation der Mitarbeiter gesehen und der Platzbedarf für die Unterbringung der Mitarbeiter befürwortet.

Im Rahmen der Diskussion werden folgende Punkte angesprochen:

- Kritisiert wird, dass - da die Vorlage sehr kurzfristig der Selbstverwaltung zur Verfügung gestellt worden ist - eine Beratung in den Fraktionen und in den anderen Ausschüssen nicht möglich war.

Eine Beratung über einen Neubau im Rahmen des Haushaltsentwurf 2018 wäre wünschenswert gewesen. Andererseits wird darauf hingewiesen, dass der Platzbedarf auch aufgrund der zusätzlich ausgewiesenen Stellen im Stellenplan 2018 der Selbstverwaltung bekannt gewesen sei. Bürgermeister Sarach fügt hinzu, dass ihm das Ablaufen der bauaufsichtlichen Genehmigung für den Pavillon als auch die Beschwerden des Personalrats über die Container erst vor wenigen Wochen vorgebracht worden seien. Die bisher angemieteten Container seien für Baustellen vorgesehen, da andere Container zu diesem Zeitpunkt nicht zur Verfügung gestanden hätten.

- Von Ausschussmitglied Bellizzi wird der Neubau eines Rathauses befürwortet, da die Höhe der Kosten für die Anmietung der Container von ca. 1,95 Mio. € nicht im Verhältnis zu einem Neubau von 3,5 Mio. € stehen würden. Stadtverordneter Egan plädiert dafür, einen Neubau zügig zu realisieren, damit die Mitarbeiter direkt von den Containern in einen Neubau ziehen könnten.
- Gefordert wird eine Vergleichsberechnung mit verschiedenen Alternativen entsprechend der Empfehlung des Rechnungsprüfungsamtes. Die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung soll auch eine Übersicht über die Aufstellung weiterer Container, die Zeitdauer etc. enthalten. Alternativ wird von mehreren Ausschussmitgliedern auch eine räumliche Trennung im Stadtgebiet von Organisationseinheiten durch Anmietung von Räumlichkeiten befürwortet, wie auch z. B. von der Stadt Schwarzenbek, dem Kreis Herzogtum Lauenburg, dem Kreis Stormarn gehandhabt. Eine Anmietung von Bürogebäuden im Umkreis bis zu 8 km - auch im Gewerbegebiet - wäre denkbar. Auch die Hinzuziehung eines Maklers wäre möglich. In diesem Zusammenhang wird von zwei Ausschussmitgliedern festgestellt, dass eine im Immobilienscout angebotene Anmietung von Büroräumen im Neubau auf dem Lindenhofgelände wesentlich günstiger sei als die Anmietung von Bürocontainern. Die Verwaltung spricht sich gegen eine Zersplitterung der Verwaltung auf verschiedene Standorte im Stadtgebiet aus, da die Arbeitsfähigkeit dann nicht mehr gegeben sei.
- Angeregt wird auch von einem Ausschussmitglied der Umbau des Speichers für Büroräume für die Mitarbeiter.
- Es wird von einem Ausschussmitglied auch im Hinblick auf den Aufstellungsbeschluss für die 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 80 A ein Fahrplan gefordert, wann, wo, was in welcher Funktion auf dem Stormarnplatz geplant ist. Kritisiert wird von einem weiteren Ausschussmitglied auch das Aufstellen der Container im Bereich der geplanten Tiefgarage auf dem Stormarnplatz. Die von der Mehrheit der Stadtverordneten beschlossene zügige Umsetzung der Tiefgarage unter dem Stormarnplatz sei damit unrealistisch.
- Kritisiert wird auch der vorgeschlagene Deckungsvorschlag in Höhe von 300.000 € für die Aufstockung der P + R-Anlage.

- Ein Ausschussmitglied ist der Auffassung, dass bei der Beplanung des Stormarnplatzes auch der Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss hinsichtlich der Sportplätze und der Sozialausschuss hinsichtlich des Stadtparks, neben dem Bau- und Planungs- und Umweltausschuss zu beteiligen ist. Die Verwaltung entgegnet, dass die Sportplätze nicht betroffen sind und deshalb der Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss nicht zu beteiligen ist.

Anschließend vertagt der Hauptausschuss diese Vorlage einstimmig zwecks Überarbeitung durch die Verwaltung. Die Verwaltung wird gebeten, Wirtschaftsvergleiche entsprechend der Empfehlung des Rechnungsprüfungsamtes in Verbindung mit den in dieser Beratung vom Hauptausschuss gegebenen Hinweisen in einer Vorlage zu erarbeiten und auszuwerten.

10. Organisationsänderung der Verwaltung

Bürgermeister Sarach erläutert den Sachverhalt.

Nach Beantwortung von Nachfragen durch ein Ausschussmitglied nimmt der Hauptausschuss die Änderung der Verwaltungsorganisation gemäß § 65 Abs. 3 GO zur Kenntnis.

12. Nachbenennung von ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedern für den Gemeindewahlausschuss für die Kommunalwahl am 6. Mai 2018

Die Verwaltung berichtet, dass zwischenzeitlich ein Antrag von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen über eine Nachbenennung ihrer Vertreter im Gemeindewahlausschuss eingegangen ist. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nominieren Frau Nina Holers als Ordentliches Mitglied in den Gemeindewahlausschuss und Frau Kirsten Mösler-Hinzer als stellvertretendes Gemeindewahlausschussmitglied.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, dem Antrag AN/010/2018 der Wahl von Frau Nina Holers als Ordentliches Mitglied in den Gemeindewahlausschuss und der Wahl von Frau Kirsten Mösler-Hinzer als stellvertretendes Mitglied in den Gemeindewahlausschuss zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, der Beschlussvorlage Nr. 2018/045 zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

**13. Einladung zu den Hansetagen in Viljandi 2018
- Förderung Mitreisende/r**

Der Hauptausschuss stimmt dem Beschlussvorschlag der Vorlagen
Nr. 2018/032 zu.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

14. Allgemeiner Verwaltungsbericht

Die Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes Frau Niemann fügt ergänzend hinzu, dass der Landesrechnungshof das Ergebnis seiner Prüfung bei der Stadt Ahrensburg im Hauptausschuss vortragen wird.

Anschließend nimmt der Hauptausschuss den Verwaltungsbericht zur Kenntnis.

15. Anfragen, Anregungen, Hinweise

15.1. Besetzung neuer Stellen

Auf Nachfrage eines Stadtverordneten berichtet Bürgermeister Sarach, dass die nach dem Stellenplan 2018 genehmigten neuen Stellen noch nicht besetzt worden sind, da keine Büroräume zur Verfügung stehen.

Der Stadtverordnete äußert sich hierüber aufgrund des Hinweises der Dringlichkeit der Erforderlichkeit der Stellen im Rahmen der Stellenplanberatungen überrascht.

15.2. Kfz-, Fußgänger- und Radfahrverkehr am Rondeel

Ausschussmitglied Eckert bittet die Verwaltung um Prüfung, wie man den Kfz-, Fußgänger- und Radfahrverkehr am Rondeel sicherer gestalten kann. Bürgervorsteher Wilde weist darauf hin, dass gewährleistet sein muss, dass die Anlieger am Rondeel mit Kfz ihr Grundstück auf jeden Fall erreichen können.

Die Verwaltung sagt eine Prüfung zu.

15.3. Erlass der Miete für den Historischen Arbeitskreis im Peter-Rantzau-Haus

Bürgervorsteher Wilde bittet um Auskunft, welche Möglichkeiten bestehen, dem Historischen Arbeitskreis die Miete für die Anmietung der Räume im Peter-Rantzau-Haus zu erlassen.

Ausschussmitglied Eckert erklärt, dass aufgrund der vertraglichen Vereinbarungen des Peter-Rantzau-Hauses mit der Stadt ein Erlass der Miete des Historischen Arbeitskreises durch das Peter-Rantzau-Haus nicht möglich ist.

Anmerkung der Verwaltung:

Der Historische Arbeitskreis muss einen Antrag auf Erlass der Miete beim Bürgermeister stellen, der diesen dann zur Entscheidung in den Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss gibt.

gez. Hinrich Schmick
Vorsitzender

gez. Birgit Reuter
Protokollführerin